Einzelpreis 10 Pfg • 2. Jahrgang — Mittwoch, den 25. Juni 1919 — Nummer 296 ✗ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei Abholung am Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— Mk. bei Zustellung unter Kreuzband 5,— Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Belagerungszustand über Hamburg.

Die Hamburger Lebensmittelunruhen.

Kämpfe um den Hauptbahnhof.

Hamburg, 24. Juni.

Von der Kommandantur Groß-Hamburg ist der Belagerungszustand über die Städte Hamburg, Altona und Wandsbek verhängt worden.

Ueber die Unruhen in Hamburg werden von W. T. B. noch die nachfolgenden Berichte verbreitet:

Hamburg, 25. Juni.

Die Spartakisten hatten sich im Laufe der Nacht in den Besitz des Hauptbahnhofes gesetzt, nachdem sie die dort postierten Abteilungen der Volkswehr entwaffnet hatten. Dadurch in den Besitz von Gewehren, Maschinengewehren und Munition gelangt, unterhalten die Spartakisten die ganze Nacht ein lebhaftes Feuer. Gegen 2 Uhr wurde der Hauptbahnhof von der Einwohnerwehr wieder genommen.

Hamburg, 25. Juni, 4,45 Uhr morgens.

Wie die Kommandantur mitteilt, ist nunmehr dank dem zielbewußten Vorgehen der Regierungstruppen, der Volks- und Einwohnerwehr die weitere Umgebung des Rathauses und des Hauptbahnhofes von den Spartakisten gesäubert, wobei es Verletzte und Schwerverletzte auf seiten der Soldaten gab. Es wurden viele Gefangene gemacht, bewaffnete Zivilisten festgenommen und eine Anzahl Plünderer aus den Läden herausgeholt. Von den 12 Maschinengewehren, welche die Spartakisten aus dem Hauptbahnhofe fortgebracht hatten, sind ihnen bereits 11 wieder abgenommen worden. Spartakistische Angriffe auf verschiedene Polizeiwachen wurden abgewiesen. Es bestätigt sich, daß Teile der Volkswehr ihre Waffen an die Spartakisten abgeliefert haben. Wie der Kommandant von Groß-Hamburg mitteilt, stehen genügend Truppen bereit, um einem weiteren Umsichgreifen der Ausschreitungen vorzubeugen. Der Kommandant von Groß-Hamburg Lampl ist durch einen Streifschuß am Hinterkopf verletzt worden, er wird seinen Dienst weiter versehen.

Alle diese Berichte sprechen von den Urhebern der Ausschreitungen als von „Spartakisten", sie suchen also der Bewegung einen politischen Charakter zu geben, obwohl doch nach dem Ursprung der Ausschreitungen zweifellos feststeht, daß sie durch die berechtigte Erbitterung der Bevölkerung über das schamlose Treiben einiger ganz gewissenloser Lebensmittelfälscher verursacht sind. Organisierte Arbeiter dürften sich trotz ihrer Erbitterung von den Unruhen ferngehalten haben, wenn aber ein amtliches Nachrichtenbureau der Sache trotzdem einen politischen Anstich zu geben sucht, so ist das ein neuer Beweis für die Tendenz dieser amtlichen Berichterstattung.

Wie richtig die vorstehend ausgedrückte Anschauung ist, zeigt die folgende Privatmeldung aus Hamburg:

Hamburg, 25. Juni.

Seit zwei Tagen waren Demonstrationen in Hamburg gegen die Verfälschung der Lebensmittel, welche mit Hunden, Katzen und Ratten verarbeitet wurden. Die Bevölkerung zog vor das Hamburger Rathaus. Dann kamen freiwillige Truppen und haben mit dem Maschinengewehr unter die Menge geschossen. Viele Tote und Verwundete sind zu verzeichnen. Danach haben sich einige Arbeiter bewaffnet und beim Rathaus Vorposten. Die revolutionären Obleute der U. S. P. und die revolutionären Obleute der K. P. D. nehmen heute vormittag Stellung zu den Unruhen in Hamburg.

Truppenverstärkungen nach Mannheim.

Karlsruhe, 24. Juni.

Zu den Unruhen in Mannheim wird gemeldet: Nachdem in der vergangenen Nacht von Zivilpersonen auf militärische Patrouillen geschossen wurde, hat die Regierung nunmehr angeordnet, daß weitere Truppenverstärkungen nach Mannheim gebracht werden sollen. Die Truppen haben den Auftrag, im Benehmen mit der Polizeibehörde Haussuchungen nach Waffen vorzunehmen und konsequent durchzuführen. Eine auf heute abend in den Nibelungensälen einberufene Versammlung der Kommunisten ist verboten worden.

Wieder neue Hochverratsprozesse.

Essen, 24. Juni.

Vor dem Essener Kriegsgericht hatten sich Dienstag acht „Spartakisten" unter der Anklage des Hochverrats beziehungsweise der Beihilfe zu verantworten. Es handelt sich um den groß angelegten „Spartakistenputsch", der Ende April die Entwaffnung der Regierungstruppen und die Ausrufung der Räterepublik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zum Ziele hatte.

Das Kriegsgericht verurteilte den Haupträdelsführer und Vorsitzenden der Rennerkommission zu acht Jahren Festung. Sechs weitere Angeklagte erhielten vier bzw. zwei Jahre Festung, während einer freigesprochen wurde.

Wir werden nach dem Vorliegen eines ausführlichen Berichts auf den Verlauf des Prozesses und das Urteil zurückkommen.

Unterzeichnung nicht vor Freitag.

Aufnahme der Beziehungen erst nach Unterschrift.

Paris, 24. Juni.

Im diplomatischen Tagesbericht heißt es: Clemenceau wird sich am Mittwoch nach Versailles begeben, um dort die letzten Anordnungen zu treffen. Wilson wird noch am Abend der Unterzeichnung nach Brest abreisen, um am nächsten Tage nach den Vereinigten Staaten in See zu gehen. In Konferenzkreisen glaubt man, daß die Unterzeichnung nicht vor Freitag erfolgen kann. Gesandter von Haniel, der wohl Vollmacht zu Verhandlungen hat, hat nichts darüber verlauten lassen, ob er mit der Unterzeichnung des Vertrages beauftragt ist. Gesandter von Haniel wurde am Montag ersucht, unverzüglich die einzelnen deutschen Bevollmächtigten und den Zeitpunkt ihrer Ankunft zu nennen. Ihre Vollmachten werden dann geprüft und ihre Namen an den Kopf des Friedensvertrages gesetzt. Diese Formalitäten werden wohl einige Tage in Anspruch nehmen. Italien wird durch Sonnino, Imperiali und Crespi vertreten sein. Man versichert, daß, falls die Unterzeichnung noch Donnerstag erfolgt, der Minister des Auswärtigen, Tittoni, der Chef der neuen italienischen Delegation bei der Friedenskonferenz, Zeit haben wird, mit seinen Kollegen bei der Unterzeichnung des Vertrages zu erscheinen. Der Viererrat besprach am Morgen die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow, Maßnahmen wurden noch nicht beschlossen.

Nach einer anderen Meldung aus dem Haag soll die Unterzeichnung am Sonnabend stattfinden. Erst nachdem die Unterschriften abgegeben sind, werden die Beziehungen zwischen Alliierten und der deutschen Delegation wieder aufgenommen werden.

Zwischen zwei Kriegen.

Der Sozialismus ist die Hoffnung.

Versailles, 24. Juni.

Populaire schreibt: Deutschland hat nachgegeben, der Friede ist da, aber welcher Friede! Wer glaubt daran, daß es der versprochene Dauerfriede ist? Wir alle sind überzeugt, daß wir uns zwischen zwei Kriegen befinden und daß die Friedensunterzeichnung nichts beendet. Osteuropa steht in Brand, die Alliierten messen sich mit Blicken, wenn sie nicht handgemein sind. Polen und Tschechoslowaken, Rumänen und Serben, Südslawen und Italiener halten die Hand auf dem Schwertknauf. Der Völkerbund ist bisher nur ein Betätigungsfeld für begehrliche Rivalitäten. In allen Nationen grollt der Klassenkampf und die europäische Reaktion geht gegen die Revolution in Rußland und Ungarn vor. Damit ein wahrer Friede entstehe, muß eine neue Menschheit entstehen und der Sozialismus überall die Tyrannei und die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit weggefegt haben.

Die Internierung der Besatzung der deutschen Kriegsflotte.

London, 24. Juni. (Reuter.)

Admiral von Reuter ist heute nach Park Hill-Lager in der Nähe von Oswestry gebracht worden, wo er unter Arrest bleibt. 1860 andere deutsche Marineoffiziere und Mannschaften von Scapa Flow wurden nach dem nahegelegenen Lager gebracht.

Schlechte Politik.

Es war von jeher eine charakteristische Erscheinung der deutschen Politik, daß sie in ihren wichtigsten Entscheidungen wesentlich beeinflußt wurde durch die Haltung der Generalität. Die wichtige Rolle, die das Offizierkorps und seine Spitzen in der Politik spielten, war ja das Wesen dessen, was man im eigentlichen Sinn den deutschen Militarismus nannte.

Die letzten Tage haben gezeigt, daß dieser Zustand keineswegs überwunden ist. Im Gegenteil. Nie war die Einmischung der Offiziere in die Politik klarer und deutlicher in Erscheinung getreten, als gerade jetzt und auch den rechtssozialistischen Arbeitern wird es nunmehr deutlich zum Bewußtsein gebracht, wie Recht die Unabhängigen Sozialdemokraten mit ihren unablässigen Warnungen vor der Wiederaufrichtung des Militarismus gehabt haben.

Wenn die Generale der gestürzten Monarchie ihren politischen Willen diesmal nicht durchsetzen konnten, so scheiterten sie an zwei Umständen. Einmal ist die Entschlossenheit der Arbeiterklasse zu groß und ihre Kraft zu bedeutend, um sie ohne weiteres unter den Willen der militärischen Machthaber beugen zu können. Auf der anderen Seite mußten sich die Generale auch sagen, daß sie ihre Herrschaft, selbst wenn sie der Arbeiterklasse hätten Herr werden können, gegenüber der Entente nicht hätten aufrechterhalten können, die die nationalistische Militärdiktatur natürlich gewaltsam verhindert hätte.

Daß aber die Militärpolitik diesmal keinen Erfolg gehabt hat, schließt natürlich nicht aus, daß sie ihr Ziel nicht unablässig weiterverfolgt, und die Frage entsteht, ob die Regierung, in der jetzt die Rechtssozialisten beinahe eine Zweidrittel-Majorität bilden, wirklich der Auffassung ist, daß dieser Zustand der „vollendeten Demokratie" entspricht, die nach ihrer Behauptung in Deutschland verwirklicht ist.

Nun sind wir sicher weit entfernt, diese Regierung zu überschätzen. Trotzdem meinen wir, daß selbst sie bisweilen heimlich unter dem Druck, der auf sie ausgeübt wird, seufzt. Da muß nun freilich gesagt werden, daß diese Regierung die Zwangslage, in der sie sich heute befindet, selbst herbeigeführt hat, obwohl ihr fort und fort vorausgesagt worden ist, daß sie das angeblich republikanische und sozialistische Deutschland immer mehr zum Gefangenen der Träger des alten Systems machen werde.

Wenn jetzt Reichspräsident und Regierung unter dem beißenden Hohn der Junker und der reaktionären Parteien unablässig damit beschäftigt sind, die Offiziere zu bitten, ihnen das Fortregieren zu erlauben, so kann man ihr nur zurufen: Ihr selbst habt es so gewollt!

Die Regierung aber hat nicht nur nicht die Macht, ihr fehlt auch der Wille und die Entschlossenheit, diesen Zustand zu ändern. Dazu ist ihre Furcht und weit, diesen Zustand zu ändern. Dazu ist ihre Furcht und ihre Gebundenheit gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse zu groß. Sie kennt das Mißtrauen und die Erbitterung, die die Unterlassungs- und Begehungssünden der rechtssozialistischen Führung in die Arbeiterklasse getragen haben, und sie wagt es nicht mehr, ihre Politik auf das Vertrauen zur Arbeiterklasse zu gründen.

Dies beweist das verlegene Reden des „Vorwärts" einmal gegenüber dem Verhalten der Generale. Er ist darüber sichtlich erschrocken und entrüstet. Aber auf der anderen Seite unterstützt er durchaus die Regierung in ihren Bemühungen unter allen Umständen die Generale und Offiziere in ihren Machtpositionen zu erhalten.

Und noch deutlicher kommt diese Angst vor der Arbeiterklasse in dem Widerstand des „Vorwärts" zum Ausdruck, indem er sich unserer Forderung nach Beseitigung des Belagerungszustandes und Freilassung aller politischen Häftlinge entgegenstellt.

Es ist nur eine Finte, wenn der „Vorwärts" meint, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes sofort gewaltsame Putsche der Unabhängigen und Spartakisten hervorrufen würden, die dann ihrerseits den Belagerungszustand verhängen und Geiselmorde verüben würden. Der „Vorwärts" weiß sehr genau, daß die Erschießung der Münchener Geiseln nicht nur von den Unabhängigen, sondern auch von den allermeisten Kommunisten aufs schärfste verurteilt worden ist und er weiß sehr genau, daß von den Unabhängigen der Belagerungszustand noch nie verhängt

worden ist. In Wirklichkeit sollen diese Ausreden nur das Geständnis verdecken, daß die rechtssozialistischen Führer ohne Belagerungszustand nicht glauben regieren zu können.

Sie haben dabei nicht nur die alte Lehre vergessen, daß mit Gewalt allein auf die Dauer nicht regiert werden kann, sondern sie müssen ihre Augen auch vor der Tatsache verschließen, daß dieser Belagerungszustand ihnen politisch weitaus mehr schadet als ihren Gegnern.

Es ist richtig, die Anwendung des Belagerungszustandes hat eine Willkürherrschaft gezeitigt, wie sie in Deutschland noch nie da war. Die oppositionelle Presse ist vogelfrei, die Versammlungen werden verboten, massenhaft werden Leute unter dem Vorwand der Schutzhaft in die Gefängnisse geworfen. Aber was nützt das alles? Eine so gewaltige Massenbewegung, wie sie das Ringen der deutschen Arbeiterklasse um die Durchsetzung ihrer Ideale darstellt, läßt sich doch heute weniger als je mit solchen Mitteln bekämpfen. Im Gegenteil. Das Gewaltregime hat nur dafür gesorgt, daß immer weitere Kreise der rechtssozialistischen Arbeiterschaft sich von einer Regierung abgewandt haben, die alle Schrecken des Sozialistengesetzes verschärft und vervielfacht hat. Allerdings maßlose Erbitterung und eine schädliche Verschärfung hat der Belagerungszustand in die Kreise der Arbeiter getragen, ohne doch bei der Stärke unserer Bewegung, uns an politischen Aktionen, wenn wir sie für notwendig erachten, hindern zu können.

Nein, die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes, die Festhaltung der politischen Gefangenen ist schlimmer als ein Verbrechen, sie ist eine politische Dummheit. Aber diese Regierung kann ja nicht mehr frei handeln, sie muß den starken Mann spielen, weil es ihre wirklichen Herren fordern, und muß zusehen, wie sie auf der einen Seite die Arbeiter bis auf den letzten Mann verliert, ohne auf der anderen Seite natürlich die Träger der Reaktion wirklich zu gewinnen.

Eine Regierung, die politische Vernunft hätte, würde den Abschluß des Friedens benutzen, um durch eine umfassende sozialistische Politik, durch den Bruch mit dem verderblichen Gewaltregiment, sich die Grundlage zu schaffen, auf der sie arbeiten könnte. Die Regierung Bauer aber setzt nur fort, wo die Regierung Scheidemann begonnen hat. Ihre Tätigkeit ist: Abwirtschaften.

Nur ein Zwischenfall?

Erzberger soll gehängt werden.

Aus Weimar wird vom 24. Juni berichtet:

Zu einem eigenartigen Zwischenfall ist es gestern während der letzten Abstimmung über die Friedensfrage gekommen. In den späten Nachmittagsstunden verlangten mehrere berittene Landesjäger aus der Umgebung von Weimar, nachdem sie vor dem Nationaltheater vom Pferde gestiegen waren, den „Abg. Erzberger" zu sprechen. Es wurde ihnen aber bedeutet, daß dieser sich nicht im Hause befinde. Hierauf begaben sie sich zum Schloß und verlangten die Auslieferung des Ministers mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie ihn aufhängen wollten.

Auch die Landesjäger in Weimar erklärten infolge des Beschlusses der Nationalversammlung, der Regierung keinen weiteren Schutz mehr gewähren zu wollen und tatsächlich ist denn auch seit heute früh keine Wache mehr vor dem Schloß zu sehen. Erzberger ist heute im Kraftwagen nach dem nahen Oßmannstedt gefahren und hat dort den Zug in der Richtung Erfurt bestiegen.

Einen Kommentar zu diesem „Zwischenfall" finden wir in der „Deutschen Zeitung". Das Blatt schreibt gleich einen ganzen Artikel darüber, in dem es auseinandersetzt, welche Aufgaben die Regierungstruppen zu erfüllen haben. Wir hören also:

Der Ausdruck „Regierungstruppen", den im übrigen wohl die meisten Mitglieder der Reichswehr ablehnen werden, hatte die Vorstellung geschaffen, daß die Reichswehr für jede Regierung ihr Leben einsetzen werde, ganz gleich, ob diese Regierung den Namen Erzberger oder Scheidemann oder Haase trüge. Man sieht wieder, wie gefährlich es ist, wenn durch Schlagworte falsche Vorstellungen erweckt werden. In Wirklichkeit wollen die Freiwilligentruppen nichts sein als Ordnungstruppen, und die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß ihnen die Novembermänner, die zu schützen für sie tragisches Geschick ist, herzlich unsympathisch sind.

Herr Erzberger mochte wohl denken: Ich habe ja Herrn Noske und Herr Noske hat eine Armee. Also ich kann regieren und das Deutsche Reich weiter in Grund und Boden wirtschaften, mir kann keiner. Er wurde etwas unliebsam aus dieser Vorstellungswelt herausgerissen durch die weimarischen Lanzenreiter. Immerhin, das war nur ein Zwischenfall. Jetzt wird die Sache ernster: Die Reichswehr weigert sich, die Politik des Herrn Erzberger mitzumachen, d. h. ehrlos zu werden. Sie will nicht die Männer ausliefern, deren Namen in jedem deutschen Herzen treue Dankbarkeit und Liebe auslöst. Das heißt, sie will also das Gegenteil von dem, was Herr Erzberger will. Darob starres Entsetzen in dem fantasiefen neuen Kabinett, über dessen Lebensdauer wohl sich niemand im Zweifel ist. Nun wird verhandelt, und preisend mit viel schönen Reden versuchen die Männer der Regierung, die Reichswehr bei der Stange zu halten. Ein tragikomischer Anblick, über den man seine grimme Freude haben könnte, wenn nicht zur Freude überhaupt kein Platz mehr im deutschen Herzen wäre. Denn ohne diese letzten Reste preußisch-deutschen Geistes, ohne diese tapferen Offiziere und Mannschaften wären die Treiber und Verderber von der Zeit vor dem 9. November und nach dem 9. November nicht eine Viertelstunde mehr ihres armseligen Lebens sicher."

Durch das Verhalten der Offiziere der Reichswehr und die es ergänzenden und erläuternden Ausführungen der „Deutschen Zeitung" wird jetzt aller Welt klargemacht, welchen Zwecken die Regierungstruppen dienen sollen. Ordnung sollen sie halten, aber nur die Ordnung, wie sie das kapitalistische Bürgertum versteht, die Ordnung, die zum Weltkrieg und Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt hat, die Ordnung, die die Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital verewigen will. Solange die Regierung eine Politik trieb, die den Erwartungen der Gegenrevolutionäre entsprach, solange wurde sie von ihren Truppen unterstützt. Da sie aber durch den Zwang der Verhältnisse gezwungen wurde, einem Frieden zuzustimmen, der die nationalistischen Wünsche nicht erfüllt, so wird die Reichswehr von den Nationalisten zum Abfall aufgereizt, werden von ihnen Todesdrohungen gegen Mitglieder der Regierung ausgestoßen.

Die Arbeiterschaft ist waffenlos gemacht, die Bourgeoisie bewaffnet worden. Jetzt sehen wir das Ergebnis dieser Politik vor uns. Die rechtssozialistische Presse klagt und jammert, die Ebert und Noske beschwören die Generale, der Regierung „die Treue" zu halten. Der Fall Erzberger aber zeigt, daß die Aufreizungen der Reichswehr nicht erfolglos geblieben sind. So komisch alle diese Vorgänge anmuten, so liegt doch eine gewisse Tragik darin, an der allerdings nur das Proletariat zu tragen hat. Werden nun alle Arbeiter erkennen, wohin der Weg der rechtssozialistischen Politik führt?

General von Lüttwitz belehrt den „Vorwärts".

An die Redaktion des „Vorwärts" hat General von Lüttwitz folgenden Brief gerichtet:

„In der Morgenausgabe vom 23. 6. bemerkt die Schriftleitung des „Vorwärts", sie sei von wesentlicheren Dingen in Anspruch genommen, als von der durch mich zum Ausdruck gebrachten Stellungnahme der Reichswehr. Aus der Bemerkung geht hervor, daß der Schriftleitung jedes Verständnis für die nicht gerade als unwesentlich zu bezeichnende Bedeutung der Stimmung und Auffassung der in ihrem Ehrgefühl aufs tiefste verletzten Macht abgeht.

Mein Aufruf an die Truppen wird in der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 24. 6. unter der Ueberschrift „Eine recht überflüssige Erklärung" bekanntgegeben. Ich sehe auch darin eine ungehörige Auffassung der schweren Gewissensbedenken, mit denen meine Truppe und ich zu ringen haben, und weise sie aufs schärfste zurück.

Ich habe die Pflicht, in dieser schweren Zeit die Auffassung der Männer zu vertreten, die im Kriege und in den Unruhen der letzten Monate sich mit ihrer Person für den Schutz des Landes eingesetzt haben.

gez. von Lüttwitz.
General der Infanterie."

Die Ansprache des Obersten von Hahnke.

In der gestrigen Besprechung Noskes mit den Berliner Truppenkommandeuren hatte Oberst von Hanke bestritten, daß er in seiner vom „Vorwärts" mitgeteilten Ansprache an sein Regiment zu Handlungen gegen die Regierung aufgefordert habe. Demgegenüber berichtet das Blatt jetzt über einen Beschluß, der von den Vertrauensleuten der Reichswehrregimenter 29 und 30 der Brigade Reinhard am Dienstag gefaßt worden ist. Es heißt darin, daß sie sich weder nach rechts noch nach links bekennen, sondern mit der Waffe in der Hand die sozialistisch-demokratische Regierung gegen jeden Putsch schützen wollten. Daraus muß man annehmen, daß die Rede des Herrn von Hahnke den Mannschaften nicht so harmlos erschienen ist, wie es der Oberst jetzt hinzustellen beliebt.

Auch der „Lokal-Anzeiger" berichtet jetzt ausführlich über die Rede des Obersten von Hahnke und die Abstimmung. Von den anwesenden, etwa 500 Soldaten, hätte sich etwa ein Fünftel zur Annahme der „Schmachparagraphen" bereit erklärt. Ein Vertrauensmann hätte den Vorschlag gemacht, eine Geheimabstimmung vornehmen zu lassen, das sei aber vom Kommandeur mit der Bemerkung abgewiesen worden, „jeder offene, ehrliche Mann könnte, offen und ehrlich seine Meinung über diese Frage zum Ausdruck bringen, und wer das im Geheimen tun wollte, sei ein Schweinehund."

Macht euch bereit!

Thorn, 24. Juni.

Die Deutsche Vereinigung, gezeichnet Cleinow, veröffentlicht folgenden Aufruf:

Deutsche Landsleute! Unter dem Eindruck der Kämpfe um die Ministersessel finden sich Kreise und Persönlichkeiten, die euch einreden wollen, daß es keinen anderen Ausweg für uns gäbe als Unterwerfung. Behaltet unser altes Wort im Gedächtnis: Die Heimat ist uns erst verloren, wenn wir sie selbst preisgeben. — Und dann: Wer einen Kontrakt unterzeichnet, den er gar nicht halten kann, ist ein Lump! Wir Deutsche wollen ehrlich bleiben! Daraus folgt: Macht euch bereit für den Entscheidungskampf!

Herr Cleinow ruft also zum Entscheidungskampf auf. Ob er sich selbst an die Spitze der Heldenscharen stellen wird, ist noch zweifelhaft, denn während des Krieges hat er es vorgezogen, vom sicheren Sessel eines Regierungsamts den Krieg gegen die Polen zu führen.

Wie im übrigen die Nationalisten das Selbstbestimmungsrecht der Völker auffassen, das geht aus einer Zuschrift der „Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens" an die Presse hervor. Es heißt darin: „In den Kreisen der oberschlesischen Industrie ist man der Ansicht, daß jede Volksabstimmung gleichbedeutend mit Abtretung ist." Also: da bei einer Volksabstimmung zu erwarten wäre, daß sich die Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung für den Anschluß an Polen entscheiden würde, so soll Oberschlesien mit Waffengewalt gezwungen werden, bei Deutschland zu bleiben. Vor Tische las man es ganz anders: da wurde selbst von den Rechtssozialisten, unter Führung des Herrn Hörsing, behauptet, daß die ganze oberschlesische Bevölkerung in inbrünstiger Liebe zu Deutschland ersterbe. Jetzt stellt sich auch das alte Lug heraus. Freilich, wenn bei den Polen Oberschlesiens früher noch Sympathien für Deutschland zu finden waren, so sind sie durch die Hetzpolitik der Nationalisten und durch die Gewaltpolitik Hörsings restlos vertilgt worden.

Wer hat uns in den Sumpf geführt?

Ueber die parlamentarischen Vorgänge in Weimar läßt sich die „Tägliche Rundschau" von dort schreiben:

Wir haben mit Recht manches unserer alten Diplomatie verwerfen müssen. Sie hat böse Irrwege eingeschlagen, die zum Verderben führten. Aber doch ist selbst sie nicht so von einer Torheit zur anderen getaumelt wie in diesen Tagen

Gefängnis.

Franz v. Liszt, der 69jährig starb, war kein Universitätsprofessor gewöhnlichen Schlages. Ein Vetter des berühmten Musikers gleichen Namens, kam er aus Wien über kleinere Universitäten nach Berlin und wurde hier der bedeutendste Vertreter der modernen Strafrechtsschule. In seiner liebenswürdigen und liberalisierenden Art drang aber seine Geltung über die akademischen Kreise nicht weit hinaus. Die jungen Studenten im Strafrechtskolleg und im Seminar zu Charlottenburg nahmen seine kriminalsoziologischen Theorien mit Interesse und manche wohl auch mit Begeisterung auf, aber später in der Praxis als Staatsanwälte und Richter versäumten sie es, sie anzuwenden und blieben in den Traditionen der sogenannten klassischen Strafrechtsschule mit ihren Abschreckungs-, Sühne- und Vergeltungsmaximen stecken.

Wie der Arzt nicht die Krankheit, sondern den Kranken behandeln soll, so suchte Liszt statt des Verbrechens den Verbrecher zu erfassen und als Soziologe und Psychologe die Wege zu finden, ihn zur Nützlichkeit zurückleiten oder die Gesellschaft vor ihm zu schützen. In der Vorbeugung, der Verhütung liegt die wesentliche Aufgabe einer vorausschauenden Justiz, die in der Hauptsache eine gründliche Durchführung der Sozialpolitik und Sozialhygiene sein muß. Wenn Liszt bei allen redlichen Absichten oft zum Kompromiß neigte („Reform" statt Umwälzung und Abschaffung) und weit hinter den radikalen Forderungen z. B. des großen italienischen Kriminalisten Professor Enrico Ferri zurückblieb, so lag dies an seinem durchaus in der bürgerlichen Welt „verankerten" Liberalismus.

Wie im Strafrecht und im Völkerrecht trat er vor allem auch im Strafvollzug für humanitäre Reformen ein. Den Jammer unseres Gefängnis- und Zuchthauslebens suchte er seinen Studenten durch den Besuch der Strafanstalten lebhaft vor Augen zu führen. Schlimmer wird dort an den „Insassen" gesündigt, als diese oft unverschuldet an sich selbst oder ihrem Nächsten gefrevelt haben. Nicht selten werden sie erst dort, besonders die Jugendlichen, unter unaussprechlichen Qualen zu Verbrechern an der Gesellschaft „erzogen".

An den Martern der auch in der freien „sozialistischen" Republik überfüllten Gefängnisse und Zuchthäuser dürfen wir nicht fühllos vorübergehen. Von der Schutzhaft bis zur Todesstrafe treibt es, gegen ihr eigenes Programm frevelnd, die sozialistische Obrigkeit noch schlimmer als die vergangene. Ein Hohn auf die Gerechtigkeit! Noch in einem ihrer letzten von Güte und Menschenliebe erfüllten Artikel hatte Rosa Luxemburg an die unglücklichen Opfer der infamen Gesellschaftsordnung erinnert, an die Tausende bleicher, abgezehrter Gestalten, die hinter den Mauern der Gefängnisse und Zuchthäuser „zur Sühne" schmachten. „Liebknecht und ich," schrieb sie, „haben beim Verlassen der gastlichen Räume, worin wir jüngst hausten — er seinen geschorenen Zuchthausbrüdern, ich meinen lieben armen Sittenmädchen und Diebinnen, mit denen ich dreiundeinhalb Jahre unter einem Dache versehrt habe — wir haben ihnen heilig versprochen, als sie uns mit traurigen Blicken begleiteten: wir vergessen euch nicht!

Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallenen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage. Nun muß die proletarische Revolution durch einen kleinen Strahl ihrer Gnade das düstere Dasein in den Gefängnissen und Zuchthäusern erhellen, die barbarischen Strafen abkürzen, das barbarische Disziplinarsystem — Kettenarrest, Prügelstrafe!! — ausrotten, die Behandlung, die ärztliche Versorgung, die Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse nach Kräften aufbessern. Es ist eine Ehrenpflicht! Das bestehende Strafsystem, das durch und durch den brutalen Klassengeist und die Barbarei des Kapitalismus atmet, muß einmal mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Eine grundsätzliche Reform des Strafvollzugs muß sofort in Angriff genommen werden. Ein völlig neues, dem Geiste des Sozialismus entsprechendes kann freilich erst auf dem Fundament einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung errichtet werden. Wurzeln doch Verbrechen wie Strafe in letzter Linie stets in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gesellschaft. Doch eine einschneidende Maßnahme kann ohne weiteres durchgeführt werden: die Todesstrafe, diese größte Schmach des spätreaktionären deutschen Strafkodex, muß sofort verschwinden!"

Der edle Beccaria, der vor zweihundert Jahren in allen zivilisierten Sprachen die Ruchlosigkeit der Todesstrafe denunzierte, hat für die bisherigen Machthaber der deutschen Republik nicht gelebt.

*

Mit den Notschreien der Verzweifelten und den Schilderungen der Qualen der Verhafteten nur aus der jüngsten Zeit lassen sich Bände füllen. Ein aus politischen Gründen in Bremen in enger Zelle hausender Genosse, der krank ist und gar nicht weiß, was er verbrochen hat, fühlt sich in einsam langer Qual der „Schupohaft" vom Wahnsinn bedroht und erhebt im Kampfe ums Recht erschütternde Anklage gegen seine Folterer. Genosse Bäumer schreibt aus dem Gefängnis: „Meinen Nerven droht eine Krise, die möglich und Tatsache werden mußte durch das gegen mich angewandte Verfahren. Dies Verfahren ist in seiner Unklarheit mörderischer als Mord, denn es foltert, es martert zeitweise ... Ich werde mich nicht wehren, ich verlange es, daß man mich fesselt, denn ich sehe ein: es ist nötig, daß ich gebunden werde wie ein Tier, da ich mich nicht mehr wie ein Mensch werde benehmen können. Geben Sie mir Klarheit. Meine Kraft für Unklarheiten ist zu Ende. Ich bin fertig, Herr Stadtkommandant. Meine Nerven brechen. Das Ziel ist erreicht." Er beginnt einen Hungerstreik und begründet ihn also: „Die Ablehnung der Nahrung ist nicht der Entschluß einer normalen Entschlußfähigkeit, sondern sie ist das Produkt einer verzweifelten Entscheidung, die zu wählen hat zwischen einem langsamen Verlieren und einem schnellen endgültigen Zusammenbruch."

*

Wie wenig wissen die meisten von den unsagbaren Schmerzen und Leiden hinter Kerkermauern — trotz der Gefängnis- und Zuchthausliteratur, die nicht immer einen so verklärten Schimmer hat wie Oscar Wildes Ballade vom Zuchthaus zu Reading. Als ein menschliches Dokument verdient aber auch ein Buch Beachtung, das unter dem Titel „Gefängnis" jüngst im Verlag von Erich Reiß, Berlin, erschienen ist: Die in Poesie und Boheme verschwärmte Emmy Hennings gibt darin ein ungeschminktes Bild ihrer körperlichen und seelischen Marterung in der Untersuchungshaft und während vier Wochen Gefängnis. Ohne daß ihr dabei besondere Grausamkeiten angetan wären, nach Kräften zur Arbeit willig, zur Demut bereit, versagten ihre Nerven doch bald den Dienst. Sie geht durch all die enge Not des Gefängnislebens mit reinem Herzen, und sie, die sich das Gegenteil einer Braut nennt, möchte in ihrer Sehnsucht wohl eine kleine Heilige sein. Bei aller zarten und poetischen Empfindsamkeit ist in diesen Aufzeichnungen bei durchdringender Beobachtung über das Literarische hinaus das Menschliche und sozialpsychologisch Bedeutsame festgehalten.

*

Wie dieses Buch einer stets mädchenhaften, durch Höhen und Niederungen geschleiften morbiden Frauenseele, so sind auch die von der Revolution befruchteten lyrischen Verse Max Baz-

die erleuchteten der Nation. Das Schwanken war endemisch. In jeder einzelnen Fraktion der Mehrheit. Jede neue Abstimmung warf die alte um, jeder neue Redner sogar überzeugte den Vorränger von dessen Dummheit, um dann seinerseits vor dem nächsten Redner kleinlaut zu werden. Ein beliebiger junger Beamter oder Offizier des „alten Systems" hätte, wenn ihm allein die Verantwortung übertragen worden wäre, männlicher, folgerichtiger, erfolgreicher gehandelt als diese parlamentarische Vielheit, die sich bei jedem Unwetter wie eine Schafherde zusammendrängt.

Einer der genii loci Weimars, denen Ebert gehuldigt hat, Schiller, hat das schon vor mehr als hundert Jahren gewußt, daß Männer Geschichte machen, nicht Volksversammlungen. „Die Mehrheit ist der Unsinn", sagt Schiller. Niemals hätte eine kaiserliche Politik uns so würdelos in den Sumpf taumeln lassen, wie die Herdenpolitik der Vielgewählen von Weimar, dieser schwankenden Gestalten ohne Verstand und ohne Ueberzeugungsmut.

Wir haben gewiß keine Hochachtung vor der Politik, die von der Mehrheit der Nationalversammlung getrieben wurde und wird. Aber die „Tägliche Rundschau", eines der führenden Blätter der Kriegstreiber, ist zu allerletzt berechtigt, sich darüber zu entrüsten. In den Sumpf hat uns gerade die kaiserliche Regierung geführt, sie hat durch ihre Unfähigkeit das heutige Elend verursacht. Die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung sind allerdings mitschuld daran, denn sie haben die Politik der früheren Regierung gestützt und gefördert. Das Ganze erinnert an den Streit zwischen Rabbi und Mönch, von dem Heinrich Heine berichtet hat.

Schlüsse in Untersuchungsgefängnissen.

Von einem Untersuchungsgefangenen erhielten wir bereits vor einiger Zeit folgende Zuschrift. Leider konnten wir sie wegen Raummangel bisher nicht veröffentlichen. Wir bringen sie aber jetzt, da sie interessante Einblicke in die Stimmung und auf die Lage der in den Gefängnissen schmachtenden Menschen eröffnet.

Die Meldung, daß in der Stadtvogtei ein Untersuchungsgefangener erschossen worden ist, weil er zum Fenster hinaus mit einem andern Gefangenen sprach, versieht der „Vorwärts" mit der Bemerkung, es sei „zweifelhaft, ob gleich dieses äußerste Mittel angewendet werden mußte". Nur ein so verlogenes Blatt, wie dieses die Arbeiterinteressen verratende Regierungsorgan kann hier von einem „Zweifel" sprechen. Es ist nur zu verständlich daß Untersuchungsgefangene, die oft monatelang in Einzelhaft leben, gelegentlich dem Bedürfnis nachgeben, einige Worte zu wechseln. Dabei wird in den seltensten Fällen ein Vertuschungsversuch vorliegen. In den Gefängnissen mit Zivilbeamten begnügt sich der Aufseher für gewöhnlich damit, das Gespräch durch Zuruf zu unterbinden. In schwerwiegenderen Fällen wird wohl auch eine Disziplinarstrafe verhängt. Aber daß harmlose Worte mit der sofortigen Todesstrafe geahndet werden, ist erst eine Errungenschaft unserer Tage, seit Herr Noske's Garden die Bewachung der Gefängnisse übernommen haben. Die Beschießung der Fenster vom Hofe aus habe ich als Untersuchungsgefangener im Zellengefängnis Lehrter Straße selbst wiederholt miterlebt. Eine der mir angewiesenen Zellen zeigte die von einem solchen Schuß verursachte Zerstörung einer kleinen Fensterscheibe und eine Einschlagsöffnung in der Decke.

Der „Vorwärts" glaubt, die Erschießung des Untersuchungsgefangenen damit erklären zu können, daß „es natürlich im dringendsten Interesse der Rechtspflege liege, Verständigungsversuche zwischen Untersuchungsgefangenen zu verhindern". In dieser allgemeinen Fassung ist der Satz absolut falsch. Ein solches Interesse liegt nur bei Komplicen vor. Daher ist das grundsätzliche Schweigegebot in Gefängnissen, auch in Untersuchungsgefängnissen, eine überflüssige Grausamkeit. Man hatte den Gefangenen das Sprechen bei den gemeinsamen Spaziergängen! Komplicen werden schon jetzt in verschiedenen Flügeln oder wenigstens Korridoren der Gefängnisse untergebracht, so daß sie sich selbst bei Spaziergängen nicht einmal sehen können. Die Mörder Liebknechts und Luxemburgs dürften sich jederzeit gemeinsam frei im Gefängnis bewegen. Aber Leute die keinen Mord auf dem Gewissen haben, bedürfen natürlich strengster Bewachung, zumal wenn sie politische Vergehen begangen haben sollen.

Daß nun gar Gefangene sich laut durchs Fenster über ihre Straftaten unterhalten werden, ist doch völlig ausgeschlossen. Gerade jetzt, wo ich diese Zeilen niederschreibe, unterhalten sich zwei Gefangene auf diesem Wege über die Verteilung des Essens, was überhaupt den Hauptinhalt aller Gespräche bildet. Häufig sind es sogar nur Monologe, und mehrfach in jeder Woche höre ich am Abend die fortgesetzten Rufe: „Hunger! Hunger!" derjenigen Mitgefangenen, die von Angehörigen nicht versorgt werden können. Aber selbst diese Rufe werden regelmäßig von den Aufsehern mit den Worten abgeschnitten: „Ruhe! oder Ihr kommt in den Keller!"

Die englischen Arbeiter fordern Abschaffung der Dienstpflicht.

Eine Konferenz des Dreibundes.

London, 24. Juni. (Reuter.)

Der Arbeiterdreibund (Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter) beschloß heute abend in Southport, für den 27. Juli eine Vollkonferenz nach London einzuberufen, um darüber zu beraten, wie die Regierung gezwungen werden soll, den Forderungen des Dreibundes stattzugeben, besonders Abschaffung der Dienstpflicht und die Zurückziehung der britischen Truppen aus Rußland.

Verhinderte Einreise französischer Sozialisten.

Paris, 24. Juni. (Reuter.)

Longuet und Frossard, die am Sonntag abgereist waren, um der Konferenz der Arbeiterpartei am 25. Juni in Southport beizuwohnen, wurde in Folkeston mitgeteilt, daß ihnen die Weiterreise verboten werde. Sie sind nach Boulogne zurückgekehrt. Den anderen französischen, schwedischen und italienischen Delegierten wurde die Weiterreise gestattet.

Die Verhinderung der Einreise von Longuet und Frossard ist wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß diese beiden Genossen der Linken stets einen energischen Kampf gegen die Intervention der Alliierten in Rußland geführt haben.

Achtstundentag für die französischen Seeleute.

Versailles, 24. Juni.

Die Abendblätter melden, daß die Kammer heute vormittag eine Vorlage angenommen hat, welche die Arbeitszeit für alle an Bord von Schiffen beschäftigten Personen auf acht Stunden täglich festsetzt.

Die englischen Textilarbeiter vor dem Streik.

Vor einigen Tagen kam die Mitteilung, daß der drohende Ausbruch des Streiks der Baumwollarbeiter in Lancashire durch Verhandlungen verhindert sei. Wie die nachfolgende Notiz zeigt, ist dem nicht so.

London, 24. Juni. Amtlich.

Die Arbeiter der Baumwollindustrie haben das von ihren Führern erzielte Uebereinkommen verworfen.

Aus der Partei.

Agitationserfolge.

Teltow. Kürzlich fand hier eine von der Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Eduard Bernstein von der S. P. D. das Referat nach seinen bekannten Ansichten hielt. Nicht durch eine Zusammenschmelzung der Organisationen, sondern auf einer Basis, die das Aktionsprogramm der U. S. P. D. schafft sei die Einigung des Proletariats möglich. Die überfüllte Versammlung, größtenteils von Anhängern der S. P. D. besucht, war zeitweise sehr erregt, konnte sich aber den trefflichen Argumenten des Genossen Krille nicht verschließen. Eine große Reihe Aufnahmen für die U. S. P. D. wurden gemacht. Somit dürfte auch in Teltow, bisher eine Domäne der Rechtssozialisten, unsere Partei bald die Oberhand gewinnen.

Noske verbietet. Für die Orte Groß-Köris und Schwerin sollte vor kurzem eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Lachmund als Referenten stattfinden. Das Versammlungslokal wurde von zwei Gendarmen belegt. Sie erklärten, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, da sie nicht erlaubt worden sei. — Also die alte Methode. Nun, sie ha. die Ausbootung der Sozialdemokratie nur gefördert, und sie wird auch der Agitation unserer Partei nur dienlich sein, da sie den uns Fernstehenden die Augen öffnen.

Aufsehen erregte es, daß zwei Offiziere und 28 Mann, ausgerüstet mit Maschinengewehr und Handgranaten, um ½10 Uhr von Groß-Besten her gegen das Versammlungslokal anrückten. Was sollten die denn? Zu tun fanden sie nichts. Erkannten sie sich nur bewährend als die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft?

Aufnahmen für die Orte Schwerin, Groß-Köris und Teupitz werden bei dem Genossen Franz Stolzenburg in Schwerin bei Teupitz, Dorfstr. 8, entgegengenommen.

Gewerkschaftliches.

Zum Streik beim Postscheckamt.

Die Angestellten des Postscheck- und des Postzeitungsamtes befinden sich seit dem 21. bzw. seit dem 23. Juni im Streik. Heute morgen von 7—½9 Uhr standen vor dem Postzeitungsamt mehrere männliche Angestellte des Postscheckamtes und eine Anzahl weibliches Ausbildungspersonal des Postzeitungsamtes Streikposten. Um 7 Uhr erschien Herr Geheimrat Krüer vor dem Postzeitungsamt und erwartete die Beamten. Er gab den Beamten die Weisung sich unter die dort befindlichen Damen zu mischen und dieselben zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Beamten sollen den Damen klar machen, daß es zwecklos sei, weiter zu streiken, da diejenigen Angestellten, die sich im Streik befinden, später entlassen werden sollen und nur diejenigen, die Streikbrecherdienste verrichten, im Betrieb geduldet werden würden. Die streikenden Damen des Postzeitungsamtes haben durchweg Briefe mit folgendem Inhalt zugeschickt erhalten:

Postzeitungsamt. Berlin, den 24. 6. 19.

Falls Sie Ihre Tätigkeit wieder aufnehmen wollen, werden Sie veranlaßt sich am 25. Juni, 7½ Uhr vorm., zum Dienst einzufinden. Es ist dafür gesorgt, daß Sie am Betreten des Postzeitungsamtes nicht gehindert werden. Arbeitswillige weibliche Hilfskräfte, die den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen, sollen auf Wunsch in Kürze als Gehilfinnen in den Post- und Telegraphendienst eingestellt werden.

Geh. Krüer.

Es fanden sich leider unter den weiblichen Angestellten etwa 50, die sich verleiten ließen und Streikbrecherdienst leisten. Herr Geheimrat Krüer äußerte den Streikposten gegenüber, er wolle den Damen nur klar machen, daß es keinen Zweck hätte, weiter zu streiken. Es zeigt sich immer wieder, daß es noch einer tüchtigen und unermüdlichen Arbeit bedarf, um die weiblichen Angestellten davon zu überzeugen, daß die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur durch geschlossenes Vorgehen aller Angestellten erreicht werden kann.

Die wirtschaftliche Lage der Apothekenarbeiter.

In einer Versammlung der Apothekenarbeiter referierte der Branchenleiter Millhahn über deren wirtschaftliche Lage. Diese ist eine noch sehr gedrückte. Löhne von 40 bis 60 Mark pro Woche sind noch an der Tagesordnung. Der Achtstundentag wird vielfach nicht eingehalten. In der Diskussion, welche sehr lebhaft und rege war, wurden die Ausführungen des Referenten noch wesentlich ergänzt. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß die Bezahlung in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen steht. Werden doch recht verantwortliche Arbeiten von den Laboranten verlangt. Nachdem sich der größere Teil, welche noch nicht Mitglieder der Organisation waren, haben aufnehmen lassen, brachte die Versammlung in einer Entschließung zum Ausdruck, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Branche der Apothekenarbeiter, die zuständige Organisation für die Apothekenarbeiter ist und derselbe mit ihrer Interessenvertretung beauftragt wird. Ein Tarifvertragsentwurf wurde aufgestellt und soll der zuständigen Unternehmerorganisation, dem Berliner Apotheker-Vereine, eingereicht werden.

Forderungen in den Brauereibetrieben.

Eine am 20. Juni in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide tagende Versammlung der Kopf- und Handarbeiter der Schultheißbetriebe Groß-Berlins brachte nach einer erregten Debatte zum Ausdruck, daß es nicht mehr zeitgemäß sei, einem Teil der Direktoren Einnahmen zu gewährleisten, die den Verdienst eines Arbeiters um das Dreißigfache übersteigen. Der Ruf nach Sozialisierung machte sich aus

---

theis in vergitterten Gefängniszellen entstanden. Diese revolutionären Gedichte des unseren Lesern und dem ganzen Proletariat nicht unbekannten Verfassers sind als Heft 1 der Internationalen sozialistischen Jugendbibliothek zu Stuttgart (Preis 30 Pf.) erschienen. Sie verkünden die Brüderschaft zwischen Dichter und Arbeiter. Barthel bekennt:

Der Sturm der Revolution reißt auch den Dichter aus seinen Himmelsträumen hinein in den Straßenkampf, und der Abseitige und Sehnsüchtige wird Mitmensch und Genosse im Massenschritt der hungernden Proletarier. Der Urmasse im Massenschritt der hungernden Proletarier. Der Traum von der Gleichheit alles Menschengeschlechts erfüllt den, den Ungleichen, am brünstigsten. Besessen von seinen Gedanken, marschiert er im Zuge der Arbeitslosen unter der roten Fahne der Freiheit. Und seine Seele wird Gesang:

In Achtung und Asyl geboren,
Ins Zuchthaus ohne Spruch geschickt,
Hab' ich mich dem Gesetzlichen verschworen,
Das trotzig in die Zukunft blickt!

Der angehende Lockspitzel.

Die Friedrichstraße entlang gehet — nein — läuft, schwebt, fliegt, wie die Aurora vor dem Sonnengott, ein Jüngling. Sein Mantel ist auf und flattert wie die Flagge am Nationalfeste. Sein Hut sitzt keck auf der Seite. Seine Wangen sind frisch und rosig; die Augen strahlen und funkeln, die Zähne glänzen. Er ist so selig gestimmt daß man meinen könnte, das große Los ist ihm soeben ausgezahlt worden. Er zittert vor Freude. Er lächelt Unbekannte an. Er winkt ihnen zu. Er kann sich kaum bemeistern, um den Leuten nicht auf die Schulter zu klopfen, sich ihnen an den Hals zu werfen!

— Ja, was ist dem eigentlich passiert?! — Examen mit Auszeichnung bestanden? Kronenorden von der sozialistischen Regierung gekriegt? Hundert Mark auf der Straße gefunden? Verliebt und Erwiderung empfangen?! — Nein, stimmt ganz und gar nicht! — Der Bengel hat seinen eigenen Bruder denunziert; weiß Gott, was nicht alles zusammengelogen: — von politischer Unzuverlässigkeit geträumt, vom Waffenlager, von Vorbereitungen zum neuen Putsche gefaselt, und nun die sichere Nachricht erhalten, daß der arme Teufel eingekerkert worden ist.

S. Rickersdall.

Gehen Sie helle Freude!

Ein Arbeiterdichter.

Von dem österreichischen Arbeiterdichter, Mitglied des Salzburger Soldatenrates, Genossen Franz Löser, gelangte jüngst im Würzburger Stadttheater ein fünfaktiges Volksstück „Die Herrgottsbrücke" erfolgreich zur Uraufführung. Frei von der üblichen Sentimentalität der Bauernkomödien wird das Werk ohne Zweifel seinen Weg auch über andere Bühnen finden. Das zweite Bühnenwerk Lösers ist eine Satire „Das Kriegerdenkmal". Direktor Stahlfeld wird dieses Werk im Winter am Würzburger Stadttheater herausbringen. Von dem Autor erzählt Direktor Stahlfeld:

Ich weile mit meinem Opernensemble in Salzburg. Eines Tages kommt ein junger, hochmütiger Mann zu mir ins Theaterbureau. Er bat um eine Karte. Das Theater sei ausverkauft. Aber ich müsse ihm noch einen Platz verschaffen, er koste was er wolle. Wie soll ich das machen? Achselzuckend weise ich ihn ab. Er wich und wankte nicht. „Schauen's — Fidelio, Beethovens Meisterwerk, ich muaß es halt sehn." — „Wenn aber keine Plätze mehr da sind" — „Dann lassen's mi auf die Bühne. I' muaß das Werk sehn." „Gut", sage ich. „Ihr Wille geschehe." Ein freudiges Aufblitzen seiner Augen. Ein unheimlich starker Dankesdruck seiner kräftigen Hand macht mich zusammenducken. „Aber jetzt sagen Sie mir auch warum Sie so auf die Oper versessen sind." — „Schauen's, über 4 Jahr war i im Feld, dann in politischer Haft, aus der mi die Revolution befreit hat. Dann bin i Dichter geworden. Und jetzt hab i nach guter Musik heiße Sehnsucht." „Was sind Sie? — Dichter? —" „Ja, i bin der Arbeiterdichter Franz Löser." — „Hm, was haben Sie denn schon geschrieben?" „Aso. Sie sind ja von Deutschland! Freili, freili, iwe können's dann das wissen. I gib Ihnen halt einiges von mi zu lesen, aber sein's mit gar so hart mit Ihrem Urteil. Heut also lassen's mi ins Theater?" — „Gewiß, kommen Sie nur auf die Bühne. Einem erneuten Händedruck seiner Hand konnte ich bei der Verabschiedung nicht rechtzeitig ausweichen. Meine Finger wurden wieder schraubstockartig zusammengepreßt. Jesses, dachte ich, der Mensch greift ja wie ein Athlet zu.

Ich gehe im Zimmer auf und ab. Dieser Riese mit seiner kindlich einfachen, schlichten Art hatte tiefen Eindruck auf mich gemacht. Ich komme ans Fenster. Unten sehe ich Löser stehen. Freudig gestikulierend erzählt er anscheinend einem Bekannten, daß er für heute abend doch noch ins Theater gehen kann. Ich eile zum Telephon. Die Verbindung mit einem Freund kommt zustande. „Guten Tag, Doktor, sagen Sie mir schnell — wer ist Löser?" — „A, ja, Löser! Kennen Sie ihn noch nicht? Löser ist früherer Schlosser, jetzt Mitglied des Soldatenrats und Salzburgs Arbeiterdichter. Vor einigen Wochen haben sich die Wiener Zeitungen ausführlich mit seinen Arbeiten beschäftigt. Er hat zwei Bühnenwerke geschrieben. Davon verrät das Drama „Die Herrgottsbrücke" eine besonders starke dichterische Begabung. Es hatte bei seiner hiesigen Uraufführung großen Erfolg. Auch Hermann Bahr interessiert sich für ihn. Lassen Sie sich von ihm seine Lebensgeschichte erzählen. Es lohnt sich." — „Danke, auf Wiedersehn!"

Am Abend war Löser da. Lange vor Anfang der Vorstellung saß er in meiner Garderobe und verblüffte mich durch seine kluge Art der Fragestellung über das Wehe der Oper. Im Laufe des Gesprächs übergab er mir schlicht und einfach ein Paket. „Lesen Sie und sagen Sie mir die Wahrheit. Soll ich dichten — oder — —?" „Na, Sie werden ja sehen."

Manche schöne Mondnacht ging ich mit ihm an der Salzach spazieren. Sein Wissensdurst war unersättlich — interessant seine Erzählungen. Auch Würzburg kennt er. In seinen Jünglingsjahren hatte er als Schlosser in Würzburg gearbeitet. Später bereiste er als Boxer, Löwenbändiger die ganze Welt. Er kannte Barcelona, London, Paris, Konstantinopel, Australien, Nord- und Südamerika u. a. m. Wie gerne hörte ich ihm zu. Erschütterndes hat er erlebt und gesehen. Die Tragödie des Menschen auf unserer Mutter Erde ist ihm im ganzen Umfang klar geworden. Noch wälzt sich alles chaotisch in seinem Hirn. Seine Lieblingslektüre ist Goethes „Faust". Den 1. wie 2. Teil beherrscht er vollkommen auswendig. Altmeister Goethes Dichtung ist ihm Lebensinhalt geworden. Stoff über Stoff türmt sich vor ihm auf. Nur ihn zu meistern hat der Tag nicht so viele Stunden als er sich wünscht. — Ich aber habe einen Blick in eine schöne reine Seele getan, und freue mich dessen. Gutes schaffen — Menschen beglücken — Freiheit dem versklavten Arbeiter — das ist Lösers Losungswort, das Ziel seines dichterischen Schaffens.

In Abänderung des Wochenspielplans wird am Sonntag, den 29. Juni, in der Volksbühne nicht „'s Jungferngift" von L. Anzengruber, sondern „Der Schwerkünstler" von Emil Gött gegeben.

der Versammlung aufs Neue heraus bemerkbar. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Kopf- und Handarbeiter der Schultheißbetriebe Groß-Berlins erheben aufs nachdrücklichste die Forderung an die Regierung endlich die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel abzubauen. Jede Lohnsteigerung wird durch die fortgesetzte Erhöhung der Preise für den Lebensbedarf illusorisch gemacht. Es muß endlich der Anfang dazu gemacht werden, daß die Schraube ohne Ende zum Stillstand kommt. Sollte die Regierung zögern oder überhaupt nichts dagegen tun, dann fällt die Verantwortung für die Zerstörung des Wirtschaftslebens auf die Regierung zurück. Ferner beauftragt die Versammlung die Organisation für sämtliche Brauereiarbeiter (Kopf- und Handarbeiter) Groß-Berlins eine erneute Teuerungszulage bei dem Verein der Brauereien Groß-Berlins zu beantragen."

Streik der Eisenbahner.

Gestern abend ist ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen. Der Zugverkehr mit den südlichen und östlichen Vororten ruht. Gestern nachmittag beschlossen die Arbeiter und Beamten des Görlitzer Bahnhofes mit 300 gegen 3 Stimmen, sofort in den Streik zu treten.

Um 6 Uhr abends mußte der gesamte Verkehr auf dem Görlitzer Bahnhof eingestellt werden, und als um 7,05 Uhr der letzte Zug aus Hirschberg i. Schlesien eintraf, wurde der Bahnhof geschlossen. Auch der Vorortverkehr nach Johannisthal, Niederschöneweide, Grünau und Königswusterhausen ruht seit dieser Zeit vollständig.

Eine Erklärung der Streikleitung.

Es sind folgende Forderungen gestellt: Arbeiter und Beamte 8,25 Mark pro Stunde bei achtstündiger Arbeitszeit, gelernte Arbeiter (Handwerker) 3,50 Mark pro Stunde, Nachzahlung von 600 Mark an alle Eisenbahner als Teuerungsgeld.

Von Mitgliedern der Streikleitung wird erklärt: Heute wird sicherlich der gesamte Eisenbahnverkehr in Groß-Berlin, wahrscheinlich auch der von ganz Mitteldeutschland, ruhen. Die Eisenbahner sind durchaus nicht übereilt vorgegangen. Seit März d. J. haben sie sich immer und immer wieder vertröstet und durch ihre Funktionäre auf die Folgen der gänzlichen Ablehnung ihrer Forderungen durch die Eisenbahnverwaltung hinweisen lassen. Leider aber ohne Erfolg. Die Verantwortung für diesen Streik muß lediglich der Eisenbahnverwaltung und den Regierungsstellen überlassen bleiben, die auf keine Warnung hörten. Schließlich hatte man den Eisenbahnern wenigstens den Abbau der Lebensmittelpreise versprochen. Geschehen ist aber auch in dieser Beziehung nichts; im Gegenteil, die Preise sind weiter in die Höhe gegangen, und die Forderungen für die ausländischen Lebensmittel kann kein Eisenbahner bei den heutigen Lohnverhältnissen bezahlen. Die Eisenbahner mußten plötzlich die Arbeit niederlegen, weil sonst ihre Bewegung unterbunden worden wäre. Es ist bekannt geworden, daß man den Streik durch Militär verhindern wollte. Spartakistische Umtriebe haben jedoch mit der Arbeitsniederlegung nichts zu tun. Es handelt sich lediglich um Lohnforderungen, doch sind den Eisenbahnern billigere Lebensmittel lieber als höhere Löhne.

Die Erklärung der Eisenbahnverwaltung.

Von amtlicher Seite wird uns über den gestern in Berlin ausgebrochenen Eisenbahnerstreik folgendes mitgeteilt:

„Es handelt sich zweifellos um einen wilden Streik, dem nicht soziale Forderungen, sondern politische Ziele zugrunde liegen. Weder der Deutsche Eisenbahner-Verband noch der Allgemeine Eisenbahner-Verband haben eine Streikparole ausgegeben. Beide bestreiten das aufs entschiedenste und erklären, daß sie den Streik verurteilen. Von den Drahtziehern der Streikbewegung wird behauptet, daß die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne gescheitert seien, weil das Eisenbahn-Ministerium sich zu Zugeständnissen nicht habe bereit finden lassen. Schon daraus geht hervor, daß die Streikleitung nicht mit sauberen Mitteln arbeitet, da über Lohnforderungen bisher gar nicht entschieden worden ist.

An dem Streik beteiligt sind Werkstättenarbeiter und andere Arbeiter, eine verhältnismäßig kleine Zahl von Angestellten, die aber die Einstellung des Verkehrs erzwungen hat. Man hat die Beamten daran gehindert, ihren Dienst weiter zu versehen, und das Maschinenpersonal durch Drohungen gezwungen, die Arbeit einzustellen. Lediglich, um die Beamten vor etwaigen terroristischen Akten zu schützen und Sabotage zu verhindern, ist der Görlitzer Bahnhof geschlossen worden. Regierungstruppen haben ihn besetzt.

Ob es möglich sein wird, den Verkehr nach Schlesien schon heute wieder aufzunehmen, ist im Augenblick fraglich. Daß es dringend im Interesse der Versorgung Berlins mit Kohlen und Lebensmitteln liegt, die Verbindung mit dem Osten rasch wieder herzustellen, bedarf keiner besonderen Ausführung. Es kann gar nicht nachdrücklich genug dagegen protestiert werden, daß eine kleine Gruppe politisch verhetzter Arbeiter die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln und Kohle unterbindet. Die Verhandlungen mit den Streikenden sind dadurch sehr erschwert, daß eine offizielle Streikleitung der Eisenbahnverwaltung nicht bekannt ist."

Heute hat der Streik weitere Ausdehnung erfahren, er nimmt stündlich zu. Es sind Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen im Gange. Die Eisenbahnverwaltung ist der Ansicht, daß es ihr kaum möglich sein werde, weitere höhere Löhne zu zahlen, da schon jetzt die gesamte Eisenbahnverwaltung mit großem Defizit arbeitet. Das Defizit erforderte, daß pro Tag ein Zuschuß aus allgemeinen Mitteln in Höhe von drei Millionen Mark gezahlt werden müsse, und daß auf die Dauer dieser Zustand unerträglich sei. Das ist aber eine Folge des Krieges, an dem die Arbeiter unschuldig sind.

Groß-Berlin.

An unsere Abonnenten.

Die weitere Steigerung der Druckkosten und Papierpreise, sowie der Abbau des Zuschusses, der von Reichs wegen auf den Papierpreis gezahlt wird, vom 1. Juli ab, machen es den Zeitungen unmöglich, zu den bisherigen Abonnementspreisen weiter zu erscheinen. Die der Vereinigung der Großstädtischen Zeitungsverleger angeschlossenen Berliner Blätter haben deswegen beschlossen, den Abonnementsbetrag pro Monat um 50 Pfennig zu erhöhen, ebenso sollen die Blätter im Einzelverkauf vom 1. Juli ab pro Exemplar 15 Pfennig kosten.

Die „Freiheit" ist der Vereinigung der Zeitungsverleger nicht angeschlossen. Für sie tritt jedoch dieselbe, vielleicht eine stärkere Belastung ein wie für die übrige Berliner Presse, die — im Besitze von eigenen Druckereien — auch noch den Gewinn aus der Herstellung des Blattes für sich zu verbuchen vermögen.

Um den Fortbestand unserer Zeitung bei den gesteigerten Ausgaben nicht zu gefährden, sehen wir uns genötigt, vom 1. Juli ab den Preis des Blattes auf

3,— Mark pro Monat

zu erhöhen. Diese Preiserhöhung gilt auch für das Postabonnement.

Wir hoffen, daß unsere Leser sich der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht verschließen.

Unsere Postabonnenten bitten wir zugleicher Zeit, ihr Abonnement sofort zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Redaktion und Verlag der „Freiheit".

Wie sie leben.

Weite Kreise des Volkes brechen unter Not und Entbehrung zusammen. Da und dort macht sich die Verzweiflung Luft. Unsere wirtschaftlichen Zustände sind so, daß nur noch der Sozialismus helfen kann. Planmäßiger Produktion und Konsumtion im Interesse der Allgemeinheit kann uns nur noch helfen, nicht aber ein System, das auf Profitwirtschaft gegründet ist, wo gerade diejenigen, die am wenigsten oder gar nicht arbeiten, am besten leben. Wie es in manchen Kreisen heute aussieht, davon gibt die nachstehende Schilderung ein Bild:

„Schon seit Monaten pfiffen in Berlin und allerorts die Spatzen das große Geheimnis von den Dächern, daß eines der Hauptlockmittel, mit der die pilzartig emporwuchernden Spielklubs die Besucher anziehen, neben der holden Weiblichkeit der Gaumenkitzel ist. Ueberall, wo dem Spiel gehuldigt wird, finden sich Damen aus der ganzen und halben Welt, und es wird kräftig gezecht und geschlemmt. Daß die Speisen, die zu verhältnismäßig billigen Preisen verabfolgt werden, ausschließlich nur aus dem Schleichhandel stammen können, liegt auf der Hand. In Berlin war wenigstens dem Ueberwuchern des Verkaufs von Braten usw. durch das Landespolizeiamt bis zu einem gewissen Grade erfolgreich gesteuert worden.

Teils aus diesem Grunde, teils aber auch, weil sich mit Einsetzen der heißen Jahreszeit die zahlungsfähigen Kavaliere und die dazu gehörigen Damen meist in die Bade- und Kurorte verfügen, zogen ihnen die Spielklubs nach, wenn sie ihnen nicht als Quartiermacher und Anreiz für bestimmte Badeorte sogar vorausgingen. Namentlich in verschiedenen Ostseebädern hat sich die üble Gepflogenheit herausgestellt, daß Gemeindebehörden selbst zur Förderung solcher Klubs die Hand bieten. Das Landespolizeiamt hat daher kürzlich eine Anzahl Beamte nach Swinemünde, Heringsdorf und anderen Orten entsandt, die namentlich in Swinemünde in einer Reihe von eleganten Spielklubs durch Beschlagnahme der im Schleichhandel erworbenen Eßwaren eingegriffen haben. In Swinemünde besonders wird der Spielwut ganz offen gehuldigt. Im Kurhaus sowohl wie in verschiedenen Privatvillen sind nach der bereits eingebürgerten Praxis sogenannte Privatklubs entstanden, deren privater Charakter darin beruht, daß jedermann ohne weiteres Zutritt hat; im besten Falle wird Eintragung in ein Fremdenbuch verlangt, wobei man jeden beliebigen Namen einzeichnen kann, da von irgendwelcher Kontrolle keine Rede ist. Gespielt wird vorwiegend Bakkarat in feinen verschiedenen Abarten oder Roulette. Die Spielsäle sind fast sämtlich gut besucht, die Einsätze halten sich in der üblichen Höhe.

Den Beamten des Landespolizeiamtes fielen erhebliche Mengen von Braten, Wurst und Schinken, Zucker und Kuchen aus weißem Mehl, in die Hände. Diese Waren, die eingestandenermaßen durchweg aus dem Schleichhandel stammen, wurden durch den Kommunalverband Swinemünde sofort der Allgemeinheit zu billigsten Preisen zugeführt. Das Vorgehen des Landespolizeiamtes hat sich in diesem Falle ausschließlich gegen die Spielstätten gerichtet. Es muß aber diese Gelegenheit benutzt werden, zu betonen, daß auch in Hotels und Gastwirtschaften vielfach zu märchenhaften Preisen Eßwaren, die nur im Schleichhandel erworben sein können, verabfolgt werden, und es mögen sich daher die Gastwirte das Schicksal der Spielklubs zur Warnung dienen lassen."

Die Kündigung von Wohnungen.

Die Mieteinigungsämter 1, 4, 7 und 10 geben bekannt: Sämtliche von den Vermietern bei den Mieteinigungsämtern gestellten Anträge auf Zustimmung zur Kündigung bzw. zum kündigungslosen Ablauf eines Mietverhältnisses sind vorläufig genehmigt. Diese Genehmigung bezieht sich nur auf die bis 1. Juli erfolgten Kündigungen. Endgültige Entscheidung über die Zulassung der Kündigung, Fortsetzung des Mietverhältnisses und die Höhe des Mietzinses ist hiermit nicht getroffen. Sie erfolgt vielmehr demnächst ohne weiteren Antrag seitens des Vermieters oder Mieters. Falls bis dahin Vermieter und Mieter sich einigen, so werden die Parteien zur Vermeidung einer unnötigen Verhandlung ersucht, dies baldmöglichst dem Einigungsamt mitzuteilen. Vermieter, die nach dem 24. Mai 1919 ohne Zustimmung des Einigungsamtes gekündigt haben, müssen, damit die Kündigung rechtswirksam sein soll, noch rechtzeitig Antrag auf Zustimmung beim Einigungsamt stellen.

Ueber die Vorgänge auf dem Wedding wird uns von Augenzeugen berichtet: Vor dem Geschäftshause von Moses in der Müllendorfer Straße standen diskutierend Männer und Frauen, als plötzlich die Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Es dauerte nicht lange, kamen Schutzleute vom 91. Polizeirevier aus der Gerichtstraße mit noch 4—6 Zivilisten mit weißer Armbinde versehen, mit der elektrischen Straßenbahn gefahren. An der Ecke der R. u. S. Moses sprangen sie ab und haben ohne ein Wort zu reden, ohne jede Warnung blindlings drauf losgeschossen. Ein Schuß ist von den Plünderern absolut nicht gefallen und abgegeben worden. Die Schießerei kam nur von den Beamten des 91. Polizeireviers. Mit dem Revolver in der Hand rannten sie hin und her. Ein Zivilist mit weißer Armbinde und einem weißen, runden Strohhut, tat sich besonders hervor. Wie wild rannte er mit dem Revolver in der Hand umher und schrie immer: Scheert Euch, Hunde, von den Straßen, es wird absolut kein Pardon mehr mit Euch genommen. Erst später erschienen Soldaten, die das Geschäft umstellten und die Räume absuchten. Daher wurden noch drei Schüsse abgegeben. 20 Personen, die in den Räumen vorgefunden wurden, wurden verhaftet. Sie mußten bis zu ihrem Abtransport oben eine Stunde stehen. Vor ihrem Abtransport wurde die ganze Gegend von den Truppen geräumt.

Lebhaftes Schießen war in der letzten Nacht im Norden der Stadt zu hören. Bis in die Morgenstunden hinein wurden die Bewohner durch das Knattern der Gewehre, durch Einschläge der Kugeln in Häuser, in ihrer Ruhe, die sie so notwendig brauchen, gestört und erregt. Wie im Kriege, wie in Feindesland hörte sich diese neueste Aktion an. Ueber die Ursache dieser Knallerei ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Aus dem Gemeindeleben.

Lichtenberg. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich zunächst mit Wahlen; u. a. wurde eine Kommission eingesetzt zur Schaffung einer Volkshochschule. In diese Kommission wurden unsere Genossen Gäbel, Richter, Reinicke und Klüsener gewählt. Unsere Genossen hatten beantragt, eine Kommission einzusetzen zwecks anderweitiger Festsetzung der Gemeindeeinkommensteuer, auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1919. Des weiteren den Magistrat ersucht um Aufstellung eines Nachweises über die Anzahl der Zensiten mit einem Einkommen von über 6000 Mark, und um Nachweise, wieviel dieser Zensiten auf die verschiedenen Steuerstufen entfallen. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Für die Bewachung der städtischen Lebensmittellager fordert der Magistrat Aufstellung eines städtischen Wachkommandos von 20 Mann. Die Polizei war bisher wegen Mangel an geeigneten Personen nicht imstande, für die Sicherheit der Lager zu sorgen. Durch ein hierher verlegtes Bataillon des Regiments Reichstag wurde auch nicht die erforderliche Sicherheit erlangt; im Gegenteil, die zur Bewachung bestimmten Mannschaften beteiligten sich selbst an den Diebstählen. Die Kosten, die durch dieses Wachtkommando entstehen, belaufen sich im Jahre auf 132 874 Mark, dazu kommt noch eine einmalige Ausgabe von 3319,73 Mark. Dem Assistenzarzt des Krankenhauses wurde eine laufende Gehaltszulage von jährlich 1200 Mark rückwirkend vom 1. Januar zugebilligt. Zugestimmt wurde einer Kinosteuer. Unser Redner verlangte, daß der Magistrat sehr bald eine Vorlage einbringen möge, welche die Kommunalisierung der Kinotheater vorsieht. Das Kuratorium des Augusta-Viktoria-Krankenhauses ist um Erhöhung des Zuschusses von 40- auf 50 000 Mark vorstellig geworden. Der Genosse Klüsener verlangte namens unserer Fraktion Vertagung der Angelegenheit, bis der Magistrat Verhandlungen eingeleitet habe zwecks Uebernahme des Krankenhauses in eigene Verwaltung, da die Stadt keinerlei Einfluß auf die Verwaltung habe. Gegen unsere Stimmen wurde der Erhöhung des Zuschusses zugestimmt.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung führte eine Vorlage des Magistrats für Errichtung eines Lebensmittelspeichers. Die bürgerliche Fraktion gab wohl der Vorlage ihre Zustimmung in der Hoffnung, daß dieser Speicher auch später eine anderweitige Verwendung finden würde. Eine Behörde kann niemals den freien Handel ersetzen, und mit dem Abbau der Zwangswirtschaft müsse bald begonnen werden. Unsere Redner, Wielig, Mehlhose und Berger führten das Problem der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung und die Erfolge der Konsumgenossenschaft der bürgerlichen Fraktion vor Augen. Die Lichtenberger Arbeiter werden dafür sorgen, daß die noch vorhandenen unleidsamen Zustände mit eisernem Besen beseitigt werden. Zu einem zweiten Teilbetrag der Fortführung von Notstandsarbeiten wurden 545 000 Mark bewilligt. Es wurde noch der Errichtung zweier neuer Lehrerstellen an der katholischen Gemeindeschule, der Errichtung von Massenspeiseräumen und einer zweiten Säuglingsfürsorgestelle zugestimmt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen,
der Schlosser
Erich Hoffmann,
Pappel-Alle 40, am 18. d. Mts.,
der Schlosser
Louis Tamanti,
Kaulsdorf, am 20. d. Mts.
und der Schlosser
Hermann Posch,
Lichtenberg, Emanuelstraße 15, am 18. d. Mts. gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Glaser.
Zahlstelle Berlin.

Freitag, 27. Juni, abends ½8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Gartensaal
große Versammlung.
Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen zu den Arbeiterräten. Ref. Genosse Malzahn.
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung.

„Nur für Idealisten" von
E. Sonnenberg
ist die geeignetste Schrift zur Erziehung großzügig sozialdenkender Menschen. Näheres heute unter „Groß-Berlin". Verkauf der Schrift auch für Händler dort abgedruckt von ½7—7 Uhr.

Achtung!
Die Spedition Reck, Blankenburg, ist zu SCHEER, Blankenburg, Bahnhofstr. 24a, verlegt.

Ehrenerklärung.
Nehme die Beleidigung gegen Frau Busch hiermit zurück.
H. Losemann, Schmiedemeister.

Verkäufe

Große Schneiderplatte, Scheere, Bügelapparat, 4 Eisen, verkauft Plitz, Neukölln, Wanzlickstraße 21.

Wasserparzellen in Rahnsdorf-Mühle, verkauft Neidhart, Mühlenweg 4.

Englische Bettstelle mit Patent-Matratze, Tisch, zu verkaufen, von 3 Uhr ab, Bossestr. 9, Orth. I, 3 Trp. l.

Kleiderschrank, Wäscheschrank, Tür, verk. Wiesner, Gürtelstraße 38, Quergebäude.

Anrichteküche, Garderobeschrank, Tisch, Stühle, Wanduhr. Besichtig. nachm., verkauft Schlaffke, Lichtenberg, Müggelstraße 5.

Alte Stubenmöbel mit Küchengeschirr, ein Fahrrad, verkauft im ganzen. Alhuth, Langestraße 77, vorn II Trp.

Eine Bettstelle, alt, eine Bettstelle, neu, mit Waschtisch, ein paar Kavalleriestiefel, 40, getragen, verkauft Michaelis, Kesselstraße 37, 3 Trp.

Arbeitsmarkt

Extrablätter, sensationell, 100 Stück 4.— M. Verkaufskanonen ges. Leipziger Str. 23.

Botenfrau
zum Austrag der Freiheit stellt ein **Hackbarth,** Michaelkirchplatz 2.

Botenfrauen
sucht **Vietz,**
Raumerstr. 35.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Spedition Denecke
Wilmersdorf, Augustastr. 48

Mehrere Boten oder Botinnen
für das Austragen der Freiheit in Potsdam sofort gesucht.
Spedition **Josef Petzmann, Potsdam,**
Kaiser-Wilhelm-Str. 28, II. l.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt.
Frau Döring, Steinmetzstr. 49

Botenfrauen
werden sofort eingestellt
Bartsch, Tempelhof,
Werder Straße 31.

Botenfrauen
werden sofort eingestellt.
Spedition Döring,
Steinmetzstraße 49.

Dauerwäsche wird ausgebessert, vergrößert, verklein., gerein.
Born, Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor). Fernsprechanschl. Mpl. 14 365.

Richtige (Gummi-) Dauerwäsche
Kragen. Stets 12—15 Formen. Preis von 7,50 M.
Alle Gummi- u. Frauen-Artik.
Raabe, Charlottenburg, Berliner Str. 119.

Spiralbohrer. Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 43, am Bahnh. Schönhölz. Reinickendorf 6118.

Spiralbohrer nur neue kauft jeden Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13. Eingang Krautstr.

Rosenthal.
Die Spedition befindet sich jetzt Niederstr. 3. Gleichzeitig empfehle ich meine **Buch- u. Papierhandlung.**
Die Spedition: Fr. L. Berg.

Achtung!
Die Spedition von Treptow ist verlegt von Plesser Str. 6 nach Plesser Str. 1, Laden.